

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 244

19. Dezember 1980

Willy Brandt würdigt Conrad Ahlers: Immer aufrichtig und engagiert.

Seite 1/1a

Hugo Brandt MdB zu den Krautwällen in Berlin: Herausforderung Krauzberg.

Seite 2

Jürgen Egert MdB vermißt inhaltliche Kritik an den Alternativen Wirtschaftswissenschaftlern: Nachholbedarf.

Seite 3/4

Hermann Scheer MdB schlägt Konsequenzen aus dem Tornado-Finanzierungsproblem vor: Ziele und Strukturen von Ausrüstung und Beschaffung der Bundeswehr ändern.

Seite 5/6

Manfred Dammeyer MdL fordert zur intensiver Diskussion des NRW-Gesamtschulgesetzentwurfs auf: Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressediens GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Immer aufrichtig und engagiert

Zum Tod von Conrad Ahlers

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Nachricht über den plötzlichen Tod von Conrad Ahlers hat weit über die journalistische Zunft und seine Partei hinaus Betroffenheit und Trauer ausgelöst. Sie hat uns auf erschütternde Weise bewußt gemacht, wie sehr wir Menschen mitten im Leben vom Tod umfassen sind.

Nach langen und erfolgreichen Jahren im aktiven Journalismus hatten wir Sozialdemokraten unseren Freund "Conni" bei Eintritt in die Große Koalition gebeten, im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig zu werden. Nach meiner Wahl zum Bundeskanzler war es selbstverständlich, daß er Regierungssprecher wurde. Er hat dieses Amt mit seiner ganzen starken Persönlichkeit, seinem großen journalistischen Können und herzlicher Kollegialität ausgefüllt und dabei Maßstäbe gesetzt. Mir persönlich ist er in diesen Jahren vom kritischen Begleiter und politischen Ratgeber zum Freund geworden.

Er war einer der Journalisten, die die deutsche Politik in den letzten Jahren wesentlich mitgeprägt haben. Und er war einer der Freunde, wie man sie nicht mehr oft findet.



Conrad Ahlers hat sich seit 1972 als Abgeordneter des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Bad Kreuznach (Rheinland-Pfalz) mit Fleiß und Gründlichkeit auch um die "kleine" Politik gekümmert, gleichzeitig aber auf seine Weise weiterhin mit mutigen und gelegentlich auch provozierenden Beiträgen die innen- und außenpolitische Diskussion belebt. Conrad Ahlers war nie bequem, eher eigenwillig, aber immer aufrichtig und engagiert. Seine analytischen Fähigkeiten waren die Grundlage und die Legitimation für konsequente und oft unerbittliche Bewertungen. Die Wertschätzung dieser Eigenschaften von Conrad Ahlers reicht weit über den Kreis seiner persönlichen und politischen Freunde wie auch über das Bonner Pressekorps hinaus in andere Parteien und in den internationalen Journalismus hinein.

Vor knapp neun Monaten hatte Conrad Ahlers eine neue berufliche Herausforderung angenommen: Er war mit Wirkung vom 1. März 1980 vom Bundespräsidenten nach überzeugender Wahl durch den Rundfunkrat für sechs Jahre zum Intendanten der Deutschen Welle ernannt worden. Er sah in dieser Berufung die Krönung seiner journalistischen Laufbahn. Conrad Ahlers ging auch an diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe mit der ihm eigenen Hingabe und Energie heran. Ein jäher Tod hat ihn mitten aus dieser Arbeit gerissen.

Wir sind dankbar für das, was er uns gegeben hat und was er uns weiterhin bedeutet. Conrad Ahlers wird uns unvergessen bleiben. (-/19.12.1980/ks/rs)

+ + +



Herausforderung Kreuzberg

Es gibt keine Patentantwort auf die Krawalle in Berlin

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung, Sport
der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Krawalle der letzten Tage in Berlin zeigen überraschende Ähnlichkeiten mit Ereignissen in Amsterdam und in Zürich. Ausgehend von einem konkreten Problem entwickeln sich die blutigen Auseinandersetzungen zwischen meist jugendlichen Randalierern und der Polizei zu regelrechten Straßenschlachten, die zu sinnloser Zerstörung und gezielten Plünderungen führen. Die gegenseitige Eskalierung führt letztlich dazu, daß hinter dem Nebel der Tränengaswolken allmählich auch die eigentlichen Probleme verschwinden.

Die Antworten, die auf diese Herausforderungen von seiten der CDU/CSU kommen, zeigen, daß sich in der Opposition die nüchterne Analyse noch nicht hat durchsetzen können. Das Demonstrationsstrafrecht ist weder Ursache für diesen Vandalismus, noch kann ein wie auch immer verschärftes Demonstrationsrecht solche Ausschreitungen verhindern.

Die in Kreuzberg "instandgesetzten" Häuser sind zum Teil Stein gewordene Beispiele für unmenschliche Wohnbedingungen aus der Zeit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und der häßlichsten Seite des Kapitalismus. Häuser ohne sanitäre Anlagen mit Toiletten auf der halben Etage, Hinterhöfe ohne Licht und Zimmer, in die noch nie die Sonne hineinschien, sind hierfür typisch. Die meisten dieser verkommenen unmenschlichen Mietskasernen gehören unter die Spitzhacke.

Gleichzeitig muß aber sozialdemokratische Wohnungsbau- und Sozialpolitik sicherstellen, daß nach erfolgter Sanierung die Menschen in diesen Wohnquartieren nicht nur in neuen Räumen, sondern auch in der gewohnten Gemeinschaft weiterleben können. Wir Sozialdemokraten dürfen uns auch durch die kriminellen Ausschreitungen nicht davon abbringen lassen, die Wohn- und Lebensqualität in Quartieren wie zum Beispiel in Kreuzberg zu verbessern und gleichzeitig Schritt für Schritt die Wohnungsnot, vor allem auch junger Menschen, zu lindern.

Kreuzberg ist auf dem besten Weg, Symbolkraft für die sozialen Probleme unserer Gesellschaft zu erlangen. Verkommene Mietskasernen mit vielen Ausländern, jugendlichen Problemgruppen und ein hoher Anteil alter Menschen sind der Nährboden für soziale Spannungen, die sich in Gewalt entladen können.

Wer auf diese Herausforderung Patentantworten bereithält, belügt sich selbst und andere. Nur mit zäher Geduld, aber nicht mit einem verschärften Demonstrationsstrafrecht, werden wir uns der Lösung der Probleme Schritt um Schritt nähern können.

(-/19.12.1980-hi/ca)

+ + +



Nachholbedarf

Bisher kaum inhaltliche Kritik an den "Alternativen"

Von Jürgen Egerl MdB

Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Arbeitsgruppe "Alternativen der Wirtschaftspolitik" hat vor gut einem Monat ihr Sondermemorandum beschlossen. Anfang des Monats hat sich die Presse damit auseinandergesetzt - jetzt ist der Abstand groß genug, um die Kritik einer Kritik zu unterziehen. Die "alternativen" Wirtschaftswissenschaftler haben nicht zum ersten Mal etwas publiziert, was gegen die bekannten Weisen gerichtet verstanden werden mußte und so war es ja auch jeweils gemeint. Allerdings: Die Kritik an den linken Wirtschaftswissenschaftlern hat sich wie immer an den Schlagworten orientiert. Das nährt den Verdacht, daß kaum jemand den Text Wort für Wort zur Kenntnis genommen hat. Wer dennoch oder gerade deshalb Lust verspürt nachzulesen, wird Interessantes finden.

Fangen wir mit einer relativen Nebensächlichlichkeit an. Da wird behauptet: "Die ersatzlose Streichung der zu wenig sozial ausgestalteten Sparprämien erschwert es insbesondere den unteren Einkommensschichten, finanzielle Reserven für Notfälle zu bilden." Das widerspricht nicht der Feststellung, daß die Geldvermögensbildung weit gediehen ist, daß die Vermögenspolitik insofern ihr Ziel erreicht hat. Hinsichtlich der unteren Einkommensgruppen ist Vermögenspolitik nicht über Nacht sinnlos geworden. Bis zum Tage X das Geld mit vollen Händen rauszuwerfen, um am Tage X plus 1 keine Mark mehr zu investieren, macht es schwer, dahinter einen Sinn zu sehen. Darüber nachzudenken, sind die Parlamentarier verpflichtet, denn Gesetzesänderungen können von der Bundesregierung angeregt, aber noch immer nicht beschlossen werden.

Die "Alternativen" mochten sich nicht mit der indirekten Umbuchung zwischen den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit anfreunden. Mit dieser Meinung stehen sie wirklich nicht allein da. Es ist mittlerweile auch nicht mehr originell, zur Verbesserung der Finanzkraft der Arbeitsämter die Arbeitsmarktabgabe zu fordern. Dieses Thema hätte aber durchaus variiert werden können. Man vermißt zum Beispiel den Hinweis, daß die angeblich verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Arbeitsmarktabgabe allein ideologischer Natur sind und auch der Umkehrschluß hätte formuliert werden können. Wenn es nämlich nicht möglich sein sollte, neben den Arbeitern und Angestellten alle Erwerbstätigen zur Arbeitsmarktfinanzierung heranzuziehen, ist die einzige Alternative die Steuerfinanzierung. Den Arbeitern und Angestellten bliebe dann lediglich die Finanzierung des Arbeitslosengeldes, also die reine Versicherungslösung. Das sind nur weniger als die Hälfte der Aufwendungen, die die Bundesanstalt für Arbeit heute im Etat stehen hat.

Die "Alternativen" wollen statt der Sparprogramme Beschäftigungspolitik gemacht wissen. - Eine denkwürdige Alternative. Es ist schon sehr unfein, ausgerechnet jetzt an die Argumente erinnert zu werden, die vor einigen Wochen und Monaten eine Rolle gespielt haben. Da wird doch einfach behauptet, heute werde das zum Programm erhoben; was vorher als Idee des politischen Gegners kritisiert wurde. Dabei geht es jetzt um die Zukunft. Fest steht, daß die Konjunktur schlapp und schlapper wird. Ersatznachfrage im Abschwung zu schaffen, muß vom Prinzip her nach wie vor als sinnvoll angesehen werden. Wer heute die Notwendigkeit von Konjunktur- und Strukturprogrammen leugnet, ist entweder klüger geworden oder hat schlicht vergessen, was zur Überwindung der Rezession 1974/75 alles gemacht wurde. Es muß kein Fehler sein, aus Erfahrungen zu lernen. Der



Einsatz des konjunktur- und strukturpolitischen Instrumentariums hat jedoch immer noch Sinn. Energiepolitik, Verkehrspolitik et cetera - viele Bereiche wären aufzulisten, die "Alternativen" machen ja konkrete Vorschläge. Sich nur nach der finanziellen Decke zu strecken, ist etwas mager. Die Finanzpolitik muß sich auch nach den beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten richten. Muß man daran wirklich erinnern?

Die Tarifpolitik beschäftigt zur Zeit viele Gemüter, gar mancher ungefragte weise Rat wird gegeben. Die Gewerkschaften sollen zu billigen Tarifabschlüssen gedrängt werden. Die Arbeitgeber sehen wieder einmal ihre Stunde gekommen. Es müsse Druck auf die unverschämte hohen Lohnkosten geübt werden, weil sonst nicht mehr so schön exportiert werden könne. Dabei sind es die Importe (Öl et cetera), die die Leistungsbilanz ins Defizit gebracht haben. Jetzt geht es offensichtlich um ein Alibi, um die Verteilung zu Lasten der Arbeitnehmer zu verändern. Die "Alternativen" machen das sehr deutlich. Die notwendigen Schlußfolgerungen sind andere. Um die Arbeitnehmer-Position zu verbessern, sind Zukunftsinvestitionen nötig. Der rigorose Sparkurs sichert nicht die Zukunft, sondern verbaut sie.

Bei dem gegenwärtigen Klima wird es immer schwieriger, auf die Notwendigkeit weiterer arbeitszeitverkürzender Maßnahmen zu verweisen. Dieses Kapitel haben leider auch die "Alternativen" zu kurz kommen lassen. Qualitatives Wachstum alleine reicht nicht, um die Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Tatsächlich gibt es Vollbeschäftigung mit Überstunden auf der einen Seite und Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auf der anderen. Es geht um die Umverteilung des Arbeitsvolumens. Die gegenwärtige Verteilung der Arbeitszeit kann zumindest den Arbeitslosen nicht recht sein. Wer arbeitslos ist, hat eine Null-Arbeitszeit. Die Hoffnung, daß man es nur mit einer "Konjunkturdelle" zu tun habe und der Abschwung schon so schlimm nicht kommen werde, ist eine gute Sache. Die Einschätzung wird allerdings leider in nur geringem Umfang geteilt. Muß denn wieder einmal daran erinnert werden, daß die nachträglichen Reparaturen sehr teuer werden? Im nächsten Jahr heißt es dann, man sei über das Ausmaß des negativen Trends überrascht worden. Arbeitszeitpolitik ist Aufgabe des Gesetzgebers und der Tarifvertragsparteien. Der Gesetzgeber hat seine Schularbeiten zur Abschaffung der uralten Arbeitszeit-Ordnung immer noch nicht gemacht. Die gegenseitige parlamentarische Blockade geht zu Lasten der Arbeitslosen.

Das Sondermemorandum der "Alternativen" ist leider viel zu wenig gelesen worden. Wer die eigene Position für stark gefährdet hält, sollte es besser nicht zur Hand nehmen, sonst glaubt er möglicherweise an überhaupt nichts mehr. Die bisher bekanntgewordene Kritik zeugt jedoch von schlechtem Gewissen oder läßt auf einen Mangel an Argumenten schließen. Die Gegner waren jedenfalls früher besser munitioniert. Wer mag schon entscheiden, woran das wohl liegt.
(-/19.12.1980/ks/ca)

+ + +



Konsequenzen aus dem Tornado-Finanzierungsproblem

Ziele und Strukturen von Ausrüstung und Beschaffung der Bundeswehr ändern

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages haben sich auf ihrer gestrigen gemeinsamen Sitzung mit der Frage beschäftigt, wie die Finanzierungslücke für die Jahre 1980/81 in Höhe von 1,3 Milliarden DM entstehen konnte und warum sie erst sehr spät entdeckt wurde. Die Suche nach den Kommunikationsmängeln zwischen den Haushaltsverantwortlichen und den Tornado-Herstellern ist zwar von aktueller Bedeutung, um künftig mehr Übersicht und eine realistischere Haushaltsplanung zu erhalten.

Die viel bedeutendere Frage, mit der sich das Verteidigungsministerium und der Deutsche Bundestag zwingend befassen müssen, ist die nach den künftigen Rüstungsprojekten und den Auftrags- und Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr. Ziel muß sein, von technisch überzüchteten und uferlos kostspieligen Rüstungsprojekten und Beschaffungssystemen grundsätzlich Abstand zu nehmen. Das eigentliche Problem des Tornado ist nicht das aktuelle Haushaltsproblem, sondern die unabhängig davon eingetretene Kostensteigerung von einem Systempreis in Höhe von zehn Millionen im Jahre 1970 auf 67,5 Millionen im Jahr 1980, also eine fast siebenfache Steigerung. Zieht man die Inflationsrate ab, bleibt eine echte Kostensteigerung von etwa dem Vierfachen.

Die Preisexplosion von Tornado ist ein Symptom für ähnliche Probleme, die sich nicht nur der Bundeswehr stellen, sondern allen NATO-Staaten: hochtechnisierte, in der Komplexität überzüchtete Rüstungsprojekte drohen die Kassen zu sprengen. Gleichzeitig wächst der Zweifel an der waffentechnischen Effizienz, da in der Regel komplexere und kostspieligere Rüstung auch höhere Störanfälligkeit und damit geringere Operationsfähigkeit hervorrufen. Je komplizierter die Technik, desto eher wird nicht nur die Grenze des Finanzierbaren, sondern auch die der Verteidigungsfähigkeit erreicht. Die Kostensteigerung des Tornado sind das in der Bundesrepublik bisher deutlichste Indiz dafür, daß wir es zunehmend mit einer wirtschaftlich und sicherheitspolitischen Ineffizienz der NATO-Rüstung zu tun haben. Wie umfassend dieses Problem ist, zeigt zum Beispiel die These des Rüstungswissenschaftlers Bruno Köppl, der allein für die Jahre 1964 bis 1975 eine allein durch wirtschaftliche Ineffizienz hervorgerufene Mehrausgabe von 200 Milliarden Dollar bei den NATO-Staaten errechnet hat!

Die Konsequenzen aus dem Tornado-Problem müssen also in einer schonungslosen Analyse der Ursachen und einer grundsätzlichen Reformierung der Ausrüstungskonzeption und der Beschaffungsmethoden liegen. Anhand des Tornado-Projekts läßt sich aufzeigen, daß die kaum noch zu verantwortenden Kosten ihre Gründe vor allem in folgendem haben:

- In das System fließen zu viele unterschiedliche militärstrategische und kampftechnische Bedürfnisse mehrerer Länder ein. Es entstanden immer mehr technische Zusatzforderungen.
- Die beteiligten Länder teilten sich sowohl in technologisch-qualitativer Hinsicht wie auch im quantitativen Beschaffungsrahmen die Aufträge proporzartig auf. Die



militärischen Prioritäten rückten immer mehr hinter beschäftigungspolitische Ziele, die Bedürfnisse der beteiligten Länder an technologischer Autonomie und Unternehmensinteressen zurück.

- Ein industrieller Wettbewerb findet nicht mehr statt. Eine in den beteiligten Ländern hochkonzentrierte Rüstungsindustrie hat zumindest für den Bereich der Hauptauftragnehmer eine Monopolstellung. Nahezu unabhängig von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und entsprechenden Kosten erhalten sie Aufträge. Die Auftragnehmer machen sich überdies durch ihr durch den konkreten Auftrag entwickeltes know-how unersetzbar. Auftragsentzug ist kaum noch möglich, weil er zeitliche Verzögerungen und damit noch höhere Kostensteigerungen nach sich zieht. Der Staat ist damit zunehmend Preisdiktator der Unternehmen ausgesetzt. Hinzu kommt, daß sich die Unternehmen unverzichtbar machen, weil sie bei den von den öffentlichen Haushalten finanzierten Entwicklungsarbeiten in der Regel auch noch die Patent- und Schutzrechte privat behalten können.
- Preisprüfungen bei Unternehmen sind nahezu undurchführbar geworden, unter anderem weil die öffentlichen Auftraggeber nicht mehr die erforderliche Kompetenz aufbringen können und weil die immer umfangreicheren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten kaum betriebswirtschaftlich vorhersehbar sind.

Für die Verteidigung und Beschaffung ergeben sich daraus folgende politische Konsequenzen:

1. Die Ausrüstung der Bundeswehr muß neu überlegt werden. Ziele dieser Neukonzeption müssen sein:
 - eindeutige Ausrichtung am reinen Verteidigungsauftrag mit ausschließlich konventionellen Waffensystemen
 - die Verbesserung bisher bewährter Systeme und deren technische Anpassung an neue Erfordernisse hat Vorrang vor völlig neuartigen Systemen
 - statt der Übertechnisierung und statt der technologischen Höchst-Komplexität müssen durchgängig technisch überschaubarere und einfachere Systeme mit geringer Störanfälligkeit und unkomplizierter Instandsetzungsfähigkeit treten. Allein dadurch ist auch gewährleistet, daß die politische und militärische Führung die Auftrags- und Preisentwicklung unter Kontrolle behält.
2. Die sicherheitspolitischen Ziele und das Ziel einer höchstmöglichen Kosteneffizienz müssen absoluten Vorrang vor unternehmens- und technologiepolitischen Zielsetzungen haben.
3. Auf neue multinationale Gemeinschaftsprojekte sollte künftig weitgehend verzichtet werden, da dies zu unsinnigem Produktionsproporz und zu fragwürdigen Konzeptions-Kompromissen bei den Beschaffungssystemen führt.
4. Der industrielle Wettbewerb sollte wieder zur Geltung kommen. Voraussetzung jedes Beschaffungsauftrags muß ein Prototyp-Wettbewerb sein. Bei den Beschaffungsaufträgen sollten der Wettbewerb zumindest zwischen westeuropäischen Unternehmen im Bereich der NATO-Eurogroup zugelassen werden.
5. Die bei den aus dem Bundeshaushalt finanzierten Forschungen und Entwicklungen von Rüstungsgütern erarbeiteten Patente müssen zu Patentrechten der Bundeswehr werden, damit auch Auftragswechsel vollzogen werden können und die Bundeswehr sich von der Abhängigkeit durch das know-how beauftragter Unternehmen leichter lösen kann.

(-/19.12.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Weiterentwicklung unseres Bildungssystems

NRW-Gesamtschulgesetz-Entwurf muß breit diskutiert werden

Von Dr. Manfred Dammeyer MdL

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen

Nachdem die NRW-Landesregierung den Entwurf für ein Gesetz zur Verankerung der Gesamtschule als gleichberechtigte Schule neben Hauptschule, Realschule und Gymnasium herausgegeben hat, ist die öffentliche Diskussion eröffnet. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt, daß damit die ersten Schritte unternommen sind, die Gesamtschule unter nicht diskriminierenden Bedingungen, parallel zum bestehenden Schulsystem zu errichten.

Angesichts des gegenwärtigen hohen Überhangs an Ablehnung von Interessenten für bislang vorhandene Gesamtschulpläne gibt es seit langem einen intensiven Druck, mehr Gesamtschulen zu errichten. Unabhängig davon ist zur Weiterentwicklung unseres Bildungssystems dringend erforderlich, neben dem dreigliedrigen, frühzeitig selektierenden Schulsystem das integrierte System der Gesamtschule zu errichten.

Es ist das Ziel der Gesamtschule, dafür zu sorgen, daß Schüler über einen möglichst langen Zeitraum gemeinsam unter gleichartigen Bedingungen unterrichtet werden. Diese Zielsetzung verfolgt auch der Entwurf, den die Landesregierung jetzt öffentlich vorlegt.

Dabei werden einige Punkte in der Diskussion noch intensiv erörtert werden müssen:

- Wie groß müssen Gesamtschulen sein, damit sie mit ausreichender Differenzierung ein umfassendes Angebot zum Erreichen aller Bildungsabschlüsse anbieten können?
- Die Eltern müssen die Auswahl haben, zwischen den Einrichtungen des dreigliedrigen Schulsystems und der Gesamtschule.
- Es ist und bleibt Angelegenheit der Schulträger, also der Räte von Städten, Gemeinden und Kreisen, für das umfassende Angebot an Schulen in ihrem Bereich Sorge zu tragen.
- Wie ist die Garantie, daß das dreigliedrige Schulsystem insgesamt durch die Errichtung von Gesamtschulen ergänzt wird, zu konkretisieren?

Die SPD-Landtagsfraktion erwartet von allen, die an der Gesamtschule Interesse haben, daß sie umgehend ihre Stellungnahmen zu dem jetzt von der Landesregierung verabschiedeten Entwurf bekanntgeben, so daß die Diskussion über die zentralen Punkte öffentlich weitergeführt werden kann. Die Landtagsfraktion bekräftigt ihre Absicht, nach der förmlichen Einbringung des Gesetzentwurfes in den Landtag, die für den Februar erwartet wird, das Gesetz sorgfältig aber auch zügig zu beraten. Es sollte vor der Sommerpause endgültig verabschiedet werden, so daß die Gemeinden auf der neuen gesetzlichen Grundlage zum Schuljahresbeginn 1982 weitere Gesamtschulen errichten können.

(-/ 19.12.1980/hi/ca)

